PERSONALANGELEGENHEITEN.

ORGANISATION.

In den letzten Tagen des Krieges befand sich die Verwaltungstätigkeit im Zustand vollständiger Auflösung. Die verfügbaren männlichen Bediensteten wurden zum „Volkssturm“ einberufen, den weiblichen Bediensteten wurde es freigestellt, sich aus Wien evakuieren zu lassen, und zu guter Letzt suchten die Nationalsozialisten in führender Stellung ihr Heil in der Flucht nach dem Westen. Im Zeitpunkte des Einmarsches der Roten Armee hatte praktisch jede Verwaltungstätigkeit aufgehört. Es wurden daher gleich in den ersten Tagen der Besetzung von der Roten Armee „Bezirksbürgermeister“ eingesetzt, die die gesamte Verwaltungstätigkeit im Bezirk zu verrichten hatten und hiebei von freiwilligen Mitarbeitern, die meist keine Gemeindebediensteten waren, unterstützt wurden. Erst nach der Besetzung des 1. Bezirkes durch die Rote Armee konnte darangegangen werden, einen zentralen Verwaltungsapparat zu errichten. Die noch in Wien befindlichen Bediensteten kamen in oft stundenlangen Fußmärschen zu ihren alten Dienststellen und meldeten sich zur Dienstleistung und Teilnahme am ersten Wiederaufbau. Mit ihnen arbeiteten in den einzelnen Bezirken freiwillige Helfer, die später als sogenannte ehrenamtliche Mitarbeiter für ihre Tätigkeit von der Gemeinde Wien eine Geldentschädigung erhielten.

Durch Anschlag an den Amtstafeln wurden alle Bediensteten aufgefordert, sich sofort bei ihrer früheren Dienststelle oder — soweit dies wegen der Verkehrsverhältnisse nicht möglich war — bei der nächstgelegenen städtischen Dienststelle zum Dienstantritt zu melden. Später wurde durch Verlautbarung in der Presse und durch öffentlichen Anschlag vom Bürgermeister verfügt, daß Beamte, Angestellte und Arbeiter der Stadt Wien, die — ohne beurlaubt zu sein — sich trotz der durch öffentlichen Anschlag erfolgten Aufforderung bis zum 30. April 1945 nicht zum Dienstantritt gemeldet haben, durch dieses Verhalten ihren Willen zum Dienstaustritt zum Ausdruck gebracht haben und daher entlassen seien. Bedienstete, die sich erst nach diesem Zeitpunkt zum Dienstantritt meldeten und eine ausreichende Entschuldigung für die verspätete Meldung vorbringen konnten, wurden auf Grund eines Ansuchens wieder zur Dienstleistung zugelassen.

Bei der Wiederaufrichtung der Zentralverwaltung wurden zunächst provisorische Verwaltungsgruppen gebildet. Für das Personalwesen war keine eigene Verwaltungsgruppe vorgesehen, da sich der Bürgermeister selbst die Behandlung der Personalangelegenheiten vorbehalten hatte. Als Dienststelle für das Personalwesen wurde ein der Magistratsdirektion unterstehendes zentrales Personalreferat geschaffen, dessen Oberleitung der Magistratsdirektor inne hatte und das sich in folgende drei Gruppen (Referate) gliederte:

- Referat 3 Allgemeine Personalangelegenheiten,
- Referat 4 Einzelpersonalangelegenheiten und
- Referat 5 Gehalts- und Lohnverrechnungsstelle.

Nach den Wahlen im November 1945 wurden die Personalangelegenheiten mit den Angelegenheiten der Verwaltungs- und Betriebsreform in der Verwaltungsgruppe I zusammengefaßt.

ENTNAZIFIZIERUNG.

Die Reinigung des Personalstandes von untragbaren Nationalsozialisten wurde nach den durch das Verbotsgesetz 1945 (StGBI. Nr. 13 vom 8. Mai 1945) aufgestellten und durch das Nationalsozialistengesetz (BGBl. Nr. 25 vom 6. Februar 1947) abgeänderten Richtlinien durchgeführt.

Das Verbotsgesetz 1945 stellte im § 14 den Grundsatz auf, daß die sogenannten „Illegalen“, das sind Personen, die der NSDAP. zur Zeit deren Verbotes in Österreich angehörten, aus dem öffentlichen Dienst kraft Gesetzes zum 6. Juni 1945 zu entlassen sind. Außer den „Illegalen“ wurden auch jene Bediensteten nicht mehr verwendet, die auf Grund ihres Verhaltens während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft für den Dienst als untragbar empfunden wurden. Überdies wurde eine Anzahl von Bediensteten über Verlangen der Alliierten oder auf Grund von Beschlüssen der Wirtschaftssäuberungskommissionen in den Außenbezirken oder über Empfehlung des Ministerkomitees zur Entnazifizierung der leitenden Stellen des öffentlichen Dienstes oder auf Grund von Maßnahmen der Polizei- oder Gerichtsbehörden aus dem Dienste ausgeschieden; soweit sie kündbar waren, wurden sie gekündigt. Die nicht in Verwendung genommenen, nicht „illegalen“ Bediensteten erhielten Bezugsvorschüsse von 150 S monatlich, die ab August 1947 auf 204 S erhöht wurden.

Durch das NS.-Gesetz 1947 wurden mit Wirksamkeit vom 18. Februar 1947 für die Nationalsozialisten im öffentlichen Dienst neue Grundsätze aufgestellt. Nunmehr ist maßgebend, ob der einzelne Bedienstete dem Personenkreis der „belasteten“ oder „minderbelasteten“ ehemaligen Nationalsozialisten angehört. Die gemäß § 14 V. G. 1945 durch Bescheid ausgesprochenen Feststellungen über die kraft Gesetzes zum 6. Juni 1945 eingetretenen Entlassungen von „Illegalen“ wurden, soweit es sich nicht um „Belastete“ handelt, aufgehoben. In der überwiegenden Mehrzahl wurden die „illegalen“ Bediensteten weiterhin nicht verwendet; sie erhielten ab 18. Februar 1947 bis zu ihrer Wiederaufnahme in den Dienst — die dann erfolgte, wenn sie auf Grund der neuerlichen genauen Überprüfung für den Dienst als tragbar begutachtet werden konnten — oder bis zu ihrer Ausscheidung die gekürzten Bezugsvorschüsse von 150 S, ab August 1947 von 204 S.

Im Februar und März 1947 wurden alle im Dienst befindlichen Nationalsozialisten auf ihre Tragbarkeit für den öffentlichen Dienst überprüft. Diese Begutachtungen wurden von den Entnazifizierungsreferenten der einzelnen Zentralstellen, der Magistratsabteilungen, der Magistratischen Bezirksämter und der Direktionen der städtischen Unternehmungen unter Mitwirkung der Personalvertretungen durchgeführt. Bei den Begutachtungen der Magistratischen Bezirksämter wirkten auch die Bezirksvorstehungen mit. Im Interesse einer einheitlichen Durchführung wurde ein zentraler Entnazifizierungsreferent für sämtliche städtische Bedienstete bestellt.

Ende des Jahres 1947 waren 1.450 minderbelastete Nationalsozialisten außer Dienst gestellt, die ab 1. August 1945 monatlich 150 RM, ab 1. August 1947 204 S erhielten.

DIE ÜBERLEITUNG IN DAS NEUE DIENSTVERHÄLTNIS. VORLAUFIGE BEZUGSREGELUNG.

Durch das Beamtenüberleitungsgesetz (StGBI. Nr. 134/45 vom 22. August 1945) war der Weg zu einem neuen Dienstrecht bereits vorgezeichnet. Darnach wurden die Gesetze und alle sonstigen zur Regelung des öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses ergangenen Anordnungen, die am 13. März 1938 in Geltung waren, wieder soweit in Kraft gesetzt, als nicht durch Überleitungsverordnungen nach der Kundmachung des Beamtenüberleitungsgesetzes etwas anderes bestimmt wurde.

Über die Besoldung sah das Beamtenüberleitungsgesetz keine Regelung vor. Es sollten vielmehr die Bezüge einschließlich der Ruhe- und Versorgungsgenüsse der öffentlich-rechtlichen Bediensteten und ihrer Angehörigen unter Bedachtnahme auf das am 13. März 1938 in Geltung gestandene Recht durch Überleitungsverordnung neu geregelt werden. Vorläufig waren an die öffentlich-rechtlichen Bediensteten und Empfänger von Ruhe- und Versorgungsgenüssen Vorschüsse auf ihre Bezüge in einer allmonatlich festzusetzenden Höhe auszubezahlen. Solche Vorschüsse wurden bereits vor Erlassung des Beamtenüberleitungsgesetzes einheitlich für den öffentlichen Dienst festgesetzt.

Wegen der Knappheit flüssiger Zahlungsmittel und im Hinblick auf eine gleichartige Regelung für die Staatsbediensteten hat der Bürgermeister angeordnet, daß die auf den Monat Juni 1945 entfallenden Bezüge nur insoweit auszuzahlen seien, als sie 150 RM monatlich netto nicht übersteigen. Diese Bezüge wurden nur an solche Beamte, Vertragsangestellte und Vertragsarbeiter ausbezahlt, die sich bis zum 30. April 1945 zum Dienstantritt gemeldet hatten, oder deren Entlassung wegen verspätetem Dienstantritt von der Magistratsdirektion widerrufen wurde. Die Bediensteten mußten eidesstattlich erklären, daß sie nicht „illegal“ im Sinne des Verbotsgesetzes 1945 sind, da „illegale“ keine Bezüge erhielten.

Die gleiche Regelung galt auch für die Pensionsparteien.

Im Juli 1945 wurden wegen anhaltender Geldknappheit die gleichen Beträge wie im Monat Juni ausbezahlt.

Eine leichte Entspannung der Geldlage gestattete im August 1945, die Löhne der Vertragsarbeiter voll, die Bezüge der Beamten und Vertragsangestellten bis zu einem Bruttobetrag von höchstens 250 RM voll auszubezahlen. Waren die Bruttolöhne höher als 250 RM, dann erhielten die Bediensteten einen Nettobetrag von 240 RM. Die außer Dienst gestellten Nationalsozialisten bekamen, wie bereits erwähnt, im Monat 150 RM. Die Pensionsparteien erhielten monatlich 150 RM netto.

Im September 1945 wurden die Bezüge von Beamten und Vertragsangestellten bis zu 300 RM brutto voll ausbezahlt; bei höheren Bezügen wurden 80% des Nettobezuges vom April 1945, mindestens aber der einem Bruttobezug von 300 RM entsprechende Nettobezug ausbezahlt. Die Empfänger von Ruhe- und Versorgungsgenüssen erhielten Nettobeträge bis 200 RM.

Für die Auszahlung der Oktoberbezüge galten im allgemeinen die gleichen Richtlinien wie für den September 1945. Eine Änderung ergab sich nur für die Empfänger von Ruhe- und Versorgungsgenüssen. Diese erhielten bei einem Monatsbezug von höchstens 200 RM netto die vollen Nettobezüge, bei einem Monatsbezug von mehr als 200 RM netto 80% des Nettobezuges für April 1945, mindestens jedoch 200 RM und höchstens 500 RM netto.

Im Monat November 1945 wurden an die aktiven Bediensteten bereits die vollen Bezüge ausbezahlt. Für die außer Dienst gestellten Bediensteten und die Empfänger von Ruhe- und Versorgungsgenüssen galten die früheren Auszahlungsrichtlinien.

Die Vorschußzahlungen an die Pensionsparteien wurden im März 1946 in Anlehnung an einen Erlaß des Bundesministeriums für Finanzen neu geregelt. Darnach erhielten auch die Empfänger von Ruhegenüssen, sowie die mit Versorgungsgenüssen beteiligten Hinterbliebenen von öffentlichen Bediensteten die vollen Bezüge. Ausgenommen waren jene öffentlichen Bediensteten des Ruhestandes und ihrer Hinterbliebenen, bei denen der Versorgungsfall nach deutschem Recht beurteilt wurde. Diese erhielten 80% des Nettobezuges für April 1945, jedoch mindestens 300 S bei einem Monatsbezug von mehr als 300 S netto.

Die Ergänzung der Vorschüsse auf die vollen Bezüge wurde bei den aktiven Bediensteten noch während des Jahres 1946, bei den Empfängern von Ruhe- und Versorgungsgenüssen im Laufe des Jahres 1947 ausbezahlt.

DAS NEUE DIENST- UND BESOLDUNGSRECHT.

Nach seiner Berufung zum amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe I ging Vizebürgermeister Paul Speiser sofort daran, ein neues Dienst- und Besoldungsrecht zu schaffen. Die Gemeindeverwaltung als Dienstgeber führte Verhandlungen mit der Gewerkschaft der Gemeindeangestellten, die sich jedoch wegen der besonderen Schwierigkeiten der Materie äußerst langwierig gestalteten. Die Schaffung des neuen Dienst- und Besoldungsrechtes war auch deswegen dringlich geworden, da der Bund auf Grund des Artikels 12 der Bundesverfassung für alle öffentlich-rechtliche Bediensteten ein einheitliches Dienst- und Besoldungsrecht festzusetzen bestrebt war. Da die Länder jedoch auf ihren autonomen Rechten bestanden, nahm der Bund einstweilen von diesem Vorhaben Abstand. Es hat jedoch auch die Gemeinde Wien getrachtet, eine Angleichung des Dienst- und Besoldungsrechtes aller öffentlich-rechtlichen Bediensteten herbeizuführen. Wegen der Unübersichtlichkeit der Bundesvorschriften, die in zahlreichen zum Teil bis in das 18. Jahrhundert zurückgehende Verordnungen und Erlässen niedergelegt sind, wurde eine vollständige Angleichung an die Bundesvorschriften als unvorteilhaft empfunden.

Bei der Schaffung des neuen Dienst- und Besoldungsrechtes wurde die vor Einführung des deutschen Dienst- und Besoldungsrechtes bestandene „Allgemeine Dienstordnung für die Angestellten der Stadt Wien“ zum Muster genommen und in vielen Punkten unverändert übernommen.

Die Verhandlungen über das neue Dienst- und Besoldungsrecht zwischen der Gemeindeverwaltung und der Gewerkschaft der Gemeindeangestellten zogen sich in die Länge, da beabsichtigt war, die Besoldung der Gemeindebediensteten an die der Bundesbediensteten anzugleichen, beim Bund aber konnten die Bezüge seiner Bediensteten noch nicht geregelt werden. Es stand jedoch fest, daß bei dieser Neuregelung vor allem die Anfangsbezüge erhöht werden sollten, da diese besonders in den unteren Gruppen vollkommen unzureichend waren. Es wurde daher vom Gemeinderat bereits am 29. Juni 1946 beschlossen, daß den Bediensteten, deren Einkommen den Betrag von 172 S nicht erreichte, ab 1. Juni 1946 Vorschüsse auf die kommende Bezugsregelung zu gewähren seien. Dieser Vorschuß betrug bis zu einem Bezug von 147 S monatlich 25 S und bei höheren Bezügen den auf 172 S fehlenden Betrag.

Die ständig zunehmende Teuerung brachte immer neue Forderungen auf Gehaltserhöhung oder Bezahlung von Vorschüssen auf die in Verhandlung stehende neue Bezugsregelung. Es wurde daher Ende August 1946 in Anlehnung an eine beim Bund durchgeführte Regelung den nach der Tarifordnung B oder nach geltenden Kollektivverträgen entlohten Arbeitern, deren Bruttomonatsbezug den Betrag von 290 S nicht überstieg, ein einmaliger Vorschuß von 50 S ausbezahlt. Für die nach der Tarifordnung A und nach der Besoldungsordnung entlohten Bediensteten wurden Mindestbezüge, wie sie der Entwurf der Gehaltsordnung für die Bundesbeamten vorsah, festgesetzt.

Ende September 1946 wurde an die städtischen Arbeiter unter den gleichen Bedingungen wie im August ein weiterer Vorschuß von 50 S ausbezahlt.

Obwohl die Verhandlungen über das neue Dienst- und Besoldungsrecht inzwischen sehr weit fortgeschritten waren, wurden noch vor deren Abschluß durch einen vom Bundesministerium für Finanzen herausgegebenen Erlaß vom 12. November 1946, Zuschläge zu den Bezügen der Bundesbediensteten und Pensionisten bewilligt. Infolgedessen hat auch die Gemeinde Wien Teuerungszuschläge an alle aktiven Bediensteten, deren Entlohnung nicht in Anlehnung an die Privatwirtschaft gesondert geregelt war, ab 1. September 1946 ausbezahlt. Der Teuerungszuschlag wurde mit monatlich 50 S für vollbeschäftigte Bedienstete bis zu einem Monatsbezug von 600 S festgelegt. Überdies erhielten diese Bediensteten einen Zuschlag zu den Kinderzulagen in der Höhe von 20 S je Kind. Ein weiterer Teuerungszuschlag von 20 S wurde an verheiratete Bedienstete männlichen Geschlechts und Witwer, die eine Kinderzulage erhielten, ausbezahlt, soweit sie keinen nach dem Familienstand abgestuften Wohnungsgeldzuschuß bezogen.

Dasselbe galt für weibliche Bedienstete, die als Familienerhalter anzusehen sind, sofern deren Ehegatte keine gleichartigen Familienzulagen aus öffentlichen Mitteln bezieht; geschiedene Bedienstete wurden, wenn sie für den Unterhalt der geschiedenen Gattin zu sorgen verpflichtet waren, den Verheirateten, sonst den Verwitweten gleichgehalten.

An die Pensionisten wurde bis zu einem Monatsbezug von 200 S nur ein Teuerungszuschlag von 30 S gewährt, Zuschläge zu den Familienzulagen wurden nicht gegeben.

Diese vom Bürgermeister gemäß § 93 der Verfassung der Stadt Wien verfügte Auszahlung wurde am 20. Dezember 1946 vom Gemeinderat genehmigt.

Am selben Tage beschloß der Gemeinderat auch das neue Dienst- und Besoldungsrecht. Der zwischen der Stadt Wien und der Gewerkschaft der Gemeindeangestellten zustande gekommene Abschluß wurde vom Österreichischen Städtebund übernommen, wodurch er auch für die Regelung der dienst- und besoldungsrechtlichen Verhältnisse der Bediensteten in den anderen Städten richtunggebend wurde. In dieser Neuregelung wurde zum ersten Male der Unterschied zwischen Angestellten und Arbeitern beseitigt und die *Pragmatisierung*, die früher als Vorrecht der Angestellten angesehen wurde, auch auf die Arbeiter ausgedehnt.

An der Spitze der vom Gemeinderat getroffenen Regelung wurde festgelegt, daß grundsätzlich alle für eine Dauerverwendung bestimmten Bediensteten der Stadt Wien einschließlich ihrer Unternehmungen zu pragmatisieren seien, wenn sie die in der Dienstordnung festgesetzten Voraussetzungen erfüllen. Ausgenommen sollen nur Bedienstete in Dienstzweigen des Magistrates und der Unternehmungen der Stadt Wien werden, für die wegen der

Eigenart der Betriebsverhältnisse die Entlohnungsgrundsätze der Privatwirtschaft angewendet werden müssen. Die Pragmatisierung wurde zunächst für die bereits in einem dem pragmatischen Dienstverhältnis ähnlichen Dienstverhältnis stehenden Mitglieder der Pensionskasse für die Bediensteten und Arbeiter der Stadt Wien und ihrer Unternehmungen durchgeführt. Da diese Pensionskasse ein Fondsvermögen der Stadt Wien darstellt, ist eine Nachzahlung oder Überweisung von Pensionsbeträgen anlässlich der Pragmatisierung nicht notwendig.

Den Arbeitern und Angestellten wäre bei der Pragmatisierung die bisher zurückgelegte und beim gesetzlichen Rentenversicherungsträger versicherte Dienstzeit für die Bemessung der Ruhe- und Versorgungsbezüge aus Mitteln der Stadt Wien verloren gegangen, es sei denn, daß sie die Pensionsbeiträge für diese Zeit an die Gemeinde Wien bezahlt hätten. Es wären also für die gleiche Zeit die Pensionsbeiträge doppelt entrichtet worden, einmal an den gesetzlichen Rentenversicherungsträger, der nach den geltenden Gesetzen bei Auflassung der Versicherung hierfür weder eine Leistung zu erbringen gehabt hätte, noch die eingezahlten Beiträge rückerstatten hätte müssen. Es wurde deshalb bei den zuständigen Stellen die Erlassung gesetzlicher Bestimmungen angeregt, wonach beim Übertritt aus dem versicherungspflichtigen in ein versicherungsfreies Dienstverhältnis bis zum Zeitpunkt des Übertrittes erworbene Rentenanwartschaften gewahrt und beim Eintritt des Versicherungsfalles dem öffentlichen Dienstgeber überwiesen werden sollen. Diese gesetzliche Regelung wurde bis zum Ende der Berichtszeit nicht durchgeführt, weshalb auch die Pragmatisierung der rentenversicherungspflichtigen Bediensteten noch nicht vorgenommen werden konnte. Die zuständigen Stellen haben jedoch die Anregung der Gemeindeverwaltung, der sich auch der Städtebund und die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten angeschlossen haben, aufgegriffen und bereits einen entsprechenden Gesetzentwurf ausgearbeitet.

Für alle Bediensteten, die der Dienstordnung unterstellt wurden, gilt ohne Unterschied der Verwendung die gleiche Probedienstzeit, das gleiche Urlaubsausmaß und die gleiche Arbeitszeit von 48 Stunden. Alle werden nach den gleichen Grundsätzen der Alters- und Hinterbliebenenversorgung teilhaftig. Sie werden nach den gleichen Vorschriften disziplinar behandelt. Während die Dienstordnung nur für die Beamten, das sind die in einem pragmatischen, also in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehenden Bediensteten gilt, regelt die gleichzeitig beschlossene Gehaltsordnung die Entlohnung auch für Vertragsbedienstete, deren Entlohnung nicht nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen oder nach Sondervereinbarungen festgesetzt ist. Die Aufgliederung der Besoldung in ein Schema I und in ein Schema II war dadurch gegeben, daß das Schema I mehr für die Unternehmungen und betriebsmäßig geführten Verwaltungszweige und das Schema II in erster Linie für die in der behördlichen Verwaltung tätigen Bediensteten angewendet werden soll.

In der neuen Dienstordnung ist dem Grundsatz der Betriebsdemokratie entsprechend das Mitspracherecht der Beamten durch die Personalvertretungen und die Personalkommission in allen wichtigen Angelegenheiten fest verankert.

Bevor auf die wichtigsten Bestimmungen des neuen Dienst- und Besoldungsrechts eingegangen wird, sollen die Begünstigungen erwähnt werden, die hauptsächlich für Bedienstete getroffen wurden, die aus politischen Gründen geschädigt wurden.

So wurden die Bestimmungen des Bundes-Dienst- und Besoldungsrechtes über die Behandlung jener Beamten übernommen, die in den Jahren 1933 bis

1945 wegen ihrer politischen Gesinnung oder Betätigung in gerichtlicher oder politischer Haft gehalten wurden. Solche Bedienstete können höhere Endbezüge als die übrigen erhalten, und zwar im Schema I und in der Dienstpostengruppe VI des Schemas II um zwei Stufen und in den Dienstpostengruppen V bis I um eine Stufe.

Die erlittenen Haftzeiten werden im doppelten Ausmaß für die Bemessung der Bezüge und des Ruhegenusses angerechnet. Wird ein solcher Beamter infolge einer Gesundheitsschädigung durch die Haft dienstunfähig, so finden auf ihn die Bestimmungen der Dienstordnung über Dienstunfälle Anwendung.

Überdies werden Bedienstete, die aus politischen Gründen in Haft waren, und in besonderen Ausnahmefällen die Witwe nach einem in politischer Haft Verstorbenen unter gewissen Voraussetzungen auch dann pragmatisiert, wenn der Bedienstete (dessen Witwe) beim Diensteintritt das 40. Lebensjahr bereits überschritten hat.

Auch der modernen Auffassung, daß Beamten, die nicht in der Lage waren, sich der vorgeschriebenen schulmäßigen Ausbildung zu unterziehen, eine entsprechende Laufbahn eröffnet werden soll, wenn sie ihre Befähigung in anderer zweckmäßiger Art nachweisen, wurde entsprochen. Hiedurch wurde insbesondere eine Begünstigung für jene Bewerber geschaffen, die wegen Maßregelung, Kriegsdienstes, geänderter Verhältnisse u. dgl. die schulmäßigen Aufnahmserfordernisse nicht erfüllen.

Die Wiedergutmachung von Schäden, die städtische Bedienstete wegen ihrer politischen Gesinnung oder aus Gründen der Abstammung erlitten haben, wird später im Zusammenhang mit den Bestimmungen über die Neubildung der Personalstände besprochen.

Einzelne Bestimmungen der Dienstordnung verdienen noch besondere Beachtung.

Die Dauer der Probeprobienzeit wird mit sechs Jahren mit der Maßgabe festgesetzt, daß das Definitivum nicht vor Vollendung des 26. Lebensjahres verliehen werden kann. Nach der bis 1938 in Kraft gestandenen Dienstordnung war eine Probeprobienzeit von sechs Jahren nur für die unteren Kategorien vorgesehen. Wegen der Vereinheitlichung des Dienstrechtes wurde von der Festsetzung verschiedener Probeprobienzeiten abgesehen. Sie mußten deshalb festgelegt werden, weil die Pragmatisierung aller Bedienstetengruppen einer längeren Erprobung bedarf.

Auch der Erholungsurlaub wurde einheitlich für sämtliche Bediensteten geregelt und beträgt bei einer Gesamtdienstzeit

bis zu 5 Jahren	14 Werktage,
von 5 bis 15 Jahren	21 Werktage und
von mehr als 15 Jahren	28 Werktage.

Das Höchsturlaubsausmaß gebührt daher bereits nach 15 Jahren, nicht wie früher nach 20 Dienstjahren. Gleichzeitig wurde vom Gemeinderat beschlossen, daß für die Bemessung des Erholungsurlaubes der im Vertragsverhältnis zur Stadt Wien stehenden Arbeiter und Angestellten, soweit nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, die Urlaubsbestimmungen der Dienstordnung für die Beamten der Bundeshauptstadt Wien sinngemäß anzuwenden seien. Für jugendliche Bedienstete und Lehrlinge wurde der jährliche Erholungsurlaub bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres mit vier Wochen (24 Werktage) festgesetzt.

Künftig besteht der Anspruch auf Ruhestandsversetzung nur im Falle der dauernden Dienstunfähigkeit oder nach Vollendung des 60. Lebensjahres. Die Bestimmung des früheren Dienstrechtes, wonach der Beamte bereits nach Erreichung des vollen Ruhegenusses Anspruch auf Versetzung in den Ruhestand hätte, erschien für die heutige Zeit nicht tragbar. Diese neue Bestimmung stellt überdies eine Angleichung an das Bundesdienstrecht dar.

Abweichend vom Bundesdienstrecht wurde jedoch eine günstigere Behandlung für die Erreichung des vollen Ruhegenusses vorgesehen. Während beim Bund — einzelne begünstigte Beamtenkategorien ausgenommen — der volle Ruhegenuß erst nach 40 Dienstjahren erreicht wird, erreicht der Gemeindebeamte den vollen Ruhegenuß im allgemeinen nach 35 Jahren, einzelne Kategorien, die vom Stadtsenat bestimmt werden, schon nach 30 (32½) Jahren. Dafür wurde den Gemeindebeamten ein doppelt so hoher Pensionsbeitrag als den Bundesbeamten vorgeschrieben, nämlich 5 Prozent.

Der Aufbau des Ruhegenusses mit 40% nach 10 Dienstjahren entspricht dem Bundesdienstrecht.

Die im früheren Recht bereits bestandenen Begünstigungen der Zurechnung der Steigerungsquote für die Berechnung des Ruhegenusses wurden beibehalten.

Der letzte Abschnitt der neuen Dienstordnung regelte die Überführung der Beamten aus dem früheren in das neue Recht. Darin sind die Vorschriften des Beamtenüberleitungsgesetzes übernommen. Hier wurde festgesetzt, daß die Personalstände für die Beamten neu gebildet werden. Für deren Bildung wurde der Grundsatz aufgestellt, daß allen Erwägungen das zwingende Staatsinteresse voranzugehen habe, eine der Republik Österreich ergebene, nach Gesinnung und Haltung einwandfreie österreichische, demokratische Beamtenschaft zu schaffen.

Bei der Bildung der Personalstände waren daher zu berücksichtigen

a) öffentlich-rechtliche Bedienstete österreichischer Staatsbürgerschaft, die in der Zeit vom 4. März 1933 bis 13. März 1938 aus politischen Gründen — außer wegen nationalsozialistischer Betätigung — oder seither bis 27. April 1945 aus politischen Gründen oder aus Gründen der Abstammung aus dem Dienstverhältnis zur Stadt Wien oder einer von ihr übernommenen Dienststelle entlassen oder sonstwie aus dem Dienststand ausgeschieden worden sind;

b) Personen, die mit der Waffe für ein unabhängiges, demokratisches Österreich gekämpft haben oder wegen ihres Kampfes für ein unabhängiges, demokratisches Österreich längerdauernde Haft erlitten haben;

c) aktive Kämpfer für ein unabhängiges, demokratisches Österreich, die während der ganzen Zeit der Terrorherrschaft standhaft ihre Treue zu Österreich bewiesen haben.

Überdies waren Personen zu berücksichtigen, die bei Beseitigung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft als Beamte im Dienste der Stadt Wien waren, sofern sie bereits am 13. März 1938 in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zur Stadt Wien oder einer von ihr übernommenen Dienststelle gestanden sind. In besonderen Fällen konnten auch Personen in die Personalstände übernommen werden, die am 13. März 1938 die österreichische Bundesbürgerschaft besessen haben, aber erst nach diesem Tage in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis zur Stadt Wien oder einer von ihr übernommenen Dienststelle eingetreten sind. Noch vor Festlegung der

Begünstigungen für politische Häftlinge in dem neuen Dienst- und Besoldungsrecht wurde getrachtet, möglichst viele antifaschistische Bedienstete bei der Gemeinde Wien neu einzustellen, wobei bereits nach den später festgelegten Bestimmungen vorgegangen wurde.

So wurden bis Ende 1947 105 Kz.ler und rassisch Geschädigte eingestellt. Ebenso wurden bis Ende 1947 über 1000 seinerzeit aus politischen Gründen Gemaßregelte wieder in den Dienst der Gemeinde Wien übernommen.

In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß überdies 266 Invalide und 257 Heimkehrer eingestellt wurden.

Bedienstete, die während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft als Beamte aufgenommen oder aus einem Vertragsverhältnis in das Beamtenverhältnis übernommen wurden, gelten bis zu ihrer allfälligen definitiven Stellung nach den Bestimmungen der Dienstordnung als provisorische Beamte auch dann, wenn sie nach deutschem Recht unkündbar waren.

Personen, für die auf Grund der Prüfung des Personalbedarfes ein Posten nicht zur Verfügung steht oder die aus anderen Gründen nicht auf den Personalstand übernommen werden können, sind aus dem Dienst auszuschneiden, ohne daß die sonstigen Voraussetzungen der Dienstordnung für das Ausscheiden vorliegen müssen.

Hiebei werden Bedienstete, die am 13. März 1938 in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis gestanden sind, und Anspruch auf Ruhegenuß haben, in den Ruhestand versetzt. Wenn noch nicht der Anspruch auf den vollen Ruhegenuß besteht, erfolgt die Versetzung in den Ruhestand nur

- a) wenn der Bedienstete dienstunfähig ist;
- b) wenn er, obwohl er sich zum Dienst gemeldet hat, auf einen entsprechenden Dienstposten in einen der neugebildeten Personalstände nicht übernommen wird oder
- c) wenn sonst berücksichtigungswürdige Umstände vorliegen.

Die Bemessung des Ruhegenusses erfolgt in all diesen Fällen nach früherem österreichischen Recht, ausgenommen bei rehabilitierten Gemaßregelten, die wieder in den Ruhestand versetzt werden, sowie bei Personen, die nur wegen Dienstunfähigkeit oder Vollendung des 65. Lebensjahres nicht in den Personalstand übernommen werden; diese Personen erhalten Ruhegenüsse nach den Bestimmungen der neuen Dienst- und Gehaltsordnung.

Für Pensionsparteien, deren Anspruch sich nach früherem Recht regelt, wurde der Grundsatz aufgestellt, daß alle Pensionsparteien, gleichgültig, ob ihre Pension seinerzeit nach österreichischem oder deutschem Recht zuerkannt oder bemessen wurde, auf das österreichische Recht zurückzuführen sind. Es erhalten demnach auch Personen, deren Ruhe- und Versorgungsbezüge erst nach Einführung des deutschen Pensionsrechtes zuerkannt oder bemessen wurden, die Bezüge nach denselben Grundsätzen wie sie die vorher nach österreichischem Recht behandelten Pensionsparteien erhielten.

Empfänger von Ruhegenüssen aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zur Stadt Wien oder einer von ihr übernommenen Dienststelle, denen in der Zeit vom 4. März 1933 bis 27. April 1945 aus politischen Gründen — außer wegen nationalsozialistischer Betätigung — oder aus Gründen der Abstammung die Bezüge eingestellt worden sind, erhielten vom 1. Mai 1945 an jenen Ruhegenuß, den sie ohne Maßregelung erhalten hätten. Kürzungen des Ruhegenusses aus den oben angeführten Gründen und sonstige Maßregelungen wurden gleichfalls aufgehoben. Diese Bestim-

mungen finden auf Versorgungsgenüsse der Hinterbliebenen solcher Personen sinngemäß Anwendung.

Die Gehaltsordnung enthält die Bestimmungen über die Bezüge der in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zur Stadt Wien stehenden Bediensteten. Die Bestimmungen der Gehaltsordnung sollen auch die Grundlage für die Entlohnung der Arbeitskräfte der Stadt Wien bilden, die vollbeschäftigt in einem privatrechtlichen Dienstverhältnis zur Stadt Wien stehen, es sei denn, daß dafür besondere Arbeitsverträge oder Einzelverträge gelten.

Die Gehaltsordnung ist in zwei Abschnitte geteilt. Abschnitt I enthält die allgemein geltenden Bestimmungen und Abschnitt II die Übergangsbestimmungen.

Die Gehaltsordnung sieht ein Schema I und ein Schema II vor. Das Schema I umfaßt vor allem jene Bedienstetengruppen, die früher nach Kollektivvertragsrecht entlohnt wurden und die den Unternehmungen und Betrieben der Stadt Wien zugehören. Dieses Schema ist in sieben Verwendungsgruppen unterteilt, die sich auf die typischen Tätigkeitsarten beziehen. In der Reihenfolge, von der höchst entlohnten Verwendungsgruppe beginnend, sind dies: Vorarbeiter I. Klasse; Vorarbeiter II. Klasse; Facharbeiter; Fahrer; Schaffner, Lenker; angelernte Arbeiter; ungelernete Arbeiter und Arbeiter für einfache Reinigungsarbeiten.

Das Schema II ist identisch mit dem Gehaltsschema der Bundesangestellten in dem vom Nationalrat beschlossenen Gehaltsüberleitungsgesetz. Das Schema II ist wie das Gehaltsschema des Bundes in fünf Verwendungsgruppen unterteilt, die den höheren Dienst, den fachtechnischen Dienst, den gehobenen mittleren Dienst, den mittleren Dienst und den Hilfsdienst umfassen. Das Schema II ist überdies in sechs Dienstpostengruppen unterteilt. Eingangsgruppe ist die Dienstpostengruppe VI für alle 5 Verwendungsgruppen. Die Dienstpostengruppen V bis I sind nur im Wege der Beförderung erreichbar, und zwar für Bedienstete der

Verwendungsgruppe A	die Dienstpostengruppen V bis I,
„ B	„ „ V bis III,
„ C	„ „ V und IV,
„ D	„ Dienstpostengruppe V.

Die Aufteilung der Bediensteten auf die einzelnen Verwendungsgruppen findet sich in der Anlage III zur Gehaltsordnung.

Allgemein wurde eine Vorrückungsfrist von 2 Jahren vorgeschrieben. Die Vorrückung in die höheren Gehaltsstufen der Dienstpostengruppe VI, und zwar in der Verwendungsgruppe A in die 17. Gehaltsstufe, in den übrigen Verwendungsgruppen in die 15. Gehaltsstufe, ist an die Voraussetzung gebunden, daß der Bedienstete mindestens eine seinem Dienstalter entsprechende Durchschnittsleistung aufweist. Wird eine solche Leistung nicht nachgewiesen, ist die Vorrückung in die höheren Gehaltsstufen der Dienstpostengruppe VI solange gehemmt, bis diese Leistung erbracht wird.

Nähere Bestimmungen sind über die Gehaltsfestsetzung bei der Überstellung aus einer Verwendungsgruppe in eine andere sowie bei der Überstellung aus dem Schema I in das Schema II und umgekehrt getroffen.

Der Abschnitt II behandelt die Überleitung der Bediensteten, und zwar sowohl der in einem öffentlich-rechtlichen, wie auch der in einem privatrechtlichen Dienstverhältnis stehenden Bediensteten der Stadt Wien in die Gehaltsordnung. Übergeleitet werden nur Bedienstete, die einen unter die Gehaltsord-

nung fallenden Dienstposten (Überleitungsposten) erhalten. Als Überleitungsposten kommen alle Dienstposten in Betracht, deren dauernder Bedarf anlässlich der Bildung der Personalstände festgelegt ist.

Für die Überleitung wird grundsätzlich die gesamte Dienstzeit angerechnet, die nach den Bestimmungen der Dienstordnung anrechenbar ist oder im Falle der Unterstellung eines Vertragsbediensteten unter die Dienstordnung anrechenbar wäre.

Hiebei wird bei der Überleitung in das Schema I und in das Schema II verschieden vorgegangen.

Die Überleitung in das Schema I ist im allgemeinen nach der anrechenbaren Dienstzeit vorzunehmen. Bediensteten, die nach einem Kollektivvertrag mit zweijährigen Vorrückungsfristen entlohnt waren, erhielten bei der Überleitung im Gehaltschema I die gleiche Gehaltsstufe, die sie nach dem Lohnschema des Kollektivvertrages innehatten. Soweit es sich um Bedienstete handelt, die am 12. März 1938 nach dem Gehaltsschema der Allgemeinen Dienstordnung entlohnt waren, ist überdies die Überleitung nach dem Vergleichsposten in gleicher Weise, wie bei den nach dem Schema II überzuleitenden Bediensteten durchzuführen. Ergibt sich am Stichtag 1. November 1946 nach dem Vergleichsposten im Schema II ein höherer Bezug als nach dem Überleitungsposten im Schema I, so wird, wie es für solche Fälle allgemein festgesetzt ist, der Unterschiedsbetrag als pensionsanrechenbare Ergänzungszulage gewährt, die nach Maßgabe der Vorrückung im Schema I aufgesaugt wird.

Bei der Überleitung in das Schema II ist zu unterscheiden, ob es sich um Bedienstete handelt, die am 12. März 1938 bereits im Dienste standen und nach dem Gehaltsschema der Allgemeinen Dienstordnung entlohnt waren oder um Bedienstete, die wohl auch am 12. März 1938 im Dienst gestanden sind, aber nach anderen Vorschriften entlohnt oder schließlich um Bedienstete, die erst nach dem 12. März 1938 eingetreten sind.

Für die erstgenannte Gruppe wurden in Anlage IV zur Gehaltsordnung eigene Vergleichspostentabellen aufgestellt. Diese Bediensteten sind nach ihrer Einreihung am 12. März 1938 in die nach der Vergleichspostentabelle entsprechenden Stufe des Vergleichspostens zu überleiten und ihnen die für die Zeit vom 12. März 1938 bis 1. November 1946 angerechnete Dienstzeit im Vergleichsposten zuzurechnen. Ist der Überleitungsposten, das ist der Posten, den der Bedienstete anlässlich der Übernahme in den Personalstand erhalten hat, höher als der Vergleichsposten, so ist der Bedienstete mit Stichtag 1. November 1946 von dem Vergleichsposten auf den Überleitungsposten zu befördern.

Bedienstete, die am 12. März 1938 im Dienst standen, aber nach anderen Vorschriften entlohnt waren, sind entweder nach den Überleitungsvorschriften, die für gleichartige Bedienstete von anderen Verwaltungen erlassen wurden, zu behandeln oder es sind für solche Bedienstete eigene Überleitungsvorschriften vom Stadtsenat zu erlassen. Es handelt sich da im ersten Fall vorwiegend um Bedienstete, die am 12. März 1938 nach den Vorschriften für die Bundesbeamten entlohnt waren; für diese sind demnach die Überleitungsvorschriften des Gehaltsüberleitungsgesetzes anzuwenden. Ein Beispiel für die zwei genannten Gruppen von Bediensteten sind die Feuerwehrbediensteten, für die bis 12. März 1938 ein eigenes Gehaltsschema bestanden hat; für diese Bedienstete wurden vom Stadtsenat eigene Überleitungsrichtlinien erlassen. Soweit für Bedienstete besondere Überleitungsvorschriften weder bestehen noch

wegen der Eigenart der seinerzeitigen Entlohnungsverhältnisse vom Stadtsenat erlassen werden können, wird die Überleitung in gleicher Weise wie bei den erst nach dem 12. März 1938 aufgenommenen Bediensteten nach der anrechenbaren Dienstzeit vorgenommen.

Zur Vermeidung von Härten bei der Überleitung wurde festgelegt, daß für den Fall, daß sich auf dem Überleitungsposten ein niedrigerer Gehalt als auf dem Vergleichsposten ergibt, der Beamte eine für die Ruhegenüßbemessung anrechenbare, nach Maßgabe der Erreichung höherer Bezüge einzuziehende Zulage in der Höhe der Differenz der Gehälter erhält.

Ergibt sich auf Grund der Gehaltsordnung ein Monatsbezug, der niedriger ist, als der Monatsbezug, der auf Grund der deutschen Reichsbesoldungsordnung oder eines Schemas, der während der nationalsozialistischen Herrschaft in Kraft gebliebenen Kollektivverträge vor dem Wirksamkeitsbeginn der Gehaltsordnung gebührt hat, so kann dem Bediensteten eine für den Ruhegenüß nicht anrechenbare und nach Maßgabe des Erreichens höherer Bezüge einzuziehende Ergänzungszulage gewährt werden. Eine solche Ergänzungszulage wird nicht gewährt, insoweit der Bedienstete den vor dem Wirksamkeitsbeginn der Gehaltsordnung gebührenden Monatsbezug durch eine Beförderung in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft erreicht hat.

SONSTIGE DIENST- UND BESOLDUNGSRECHTLICHE VORSCHRIFTEN.

An die Angehörigen von eingerückten und noch nicht zurückgekehrten Bediensteten wurden in Anlehnung an Erlässe des Staatsamtes für Finanzen auch nach Kriegsende Bezugsvorschüsse ausbezahlt. Diese betragen zuerst 150 RM, wurden später auf 200 S erhöht und wurden schließlich mit Wirksamkeit vom 1. November 1946 bis zu einem monatlichen Nettobezug von 300 S voll und bei einem höheren Nettobezug bis höchstens 300 S netto ausbezahlt.

Diese Bezugsvorschüsse werden jedoch eingestellt, wenn von einem Angehörigen gemeldet wird, daß ihm Umstände bekannt sind, die darauf schließen lassen, daß der Eingerückte gestorben ist.

Bereits am 4. November 1945 wurde vom Stadtsenat die Wiedererrichtung einer „Stelle für verzinsliche Gehalts- und Lohnvorschüsse“ genehmigt, die ermächtigt wurde, in rücksichtswürdigen Fällen an ständige Beamte, Angestellte und Arbeiter des Magistrates und der städtischen Unternehmungen, sowie an Ruhestandsbeamte der bezeichneten Kategorien verzinsliche Vorschüsse auf den Gehalts- (Lohn-) oder Ruhebezug ohne besondere Sicherstellung zu gewähren. Es wurde festgelegt, daß diese Vorschüsse in der Regel den Betrag eines dreifachen Monatsbezuges nicht übersteigen sollen. Die Stadt Wien trägt die gesamten Verwaltungsauslagen und das Risiko der Uneinbringlichkeit bei Kündigung, Entlassung, Ableben usw.

Mit Stadtsenatsbeschluß vom 14. August 1945 wurden die Satzungen der Krankenfürsorgeanstalt der Angestellten und Bediensteten der Stadt Wien, die während der nationalsozialistischen Zeit auf dem Führergrundsatz aufgebaut war, im demokratischen Sinne umgestaltet. So wurden die Mitglieder des Vorstandes, die bisher vom Bürgermeister ernannt wurden, nunmehr je zur Hälfte von der Stadt Wien als Dienstgeber und von der Gewerkschaft der Gemeindeangestellten entsendet. Auch die Mitglieder des Schiedsgerichtes wurden nunmehr in gleicher Weise berufen. Weitere Änderungen der Satzungen betreffen die Einbeziehung des Bürgermeisters und der Stadträte in die Mit-

gliedschaft bei der Krankenfürsorgeanstalt und die Streichung der Lehrpersonen aus der Aufzählung der Mitglieder, da die Lehrpersonen seit ihrer während der nationalsozialistischen Herrschaft durchgeführten Übernahme in den Staatsdienst Mitglieder der Krankenversicherungsanstalt der Bundesangestellten geworden sind.

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 20. Dezember 1946 wurde in den Satzungen der Krankenfürsorgeanstalt die Zahl der Vorstandsmitglieder von 18 auf 26 Mitglieder festgesetzt. Der durch die Pragmatisierung der städtischen Bediensteten zu erwartende Mitgliederzuwachs gebot es, eine größere Anzahl von Mitgliedern in den Vorstand zu entsenden. Der bis zum Jahre 1934 bestandene Verwaltungsausschuß wurde wieder eingeführt. Dieser setzt sich aus 12 Mitgliedern des Vorstandes zusammen und hat in dringenden Fällen, die einen Aufschub bis zum Zusammentritt des Vorstandes nicht tunlich erscheinen lassen, zu entscheiden.

Schließlich wurden auch die Bezirksvorsteher und die Vorstände der Fürsorgeämter in den Kreis der Mitglieder der Krankenfürsorgeanstalt einbezogen.

Übereinstimmend mit der Regelung beim Bund wurde mit Wirkung ab 1. Jänner 1947 die Einkommensgrenze, bis zu der Empfänger von Ruhe- und Versorgungsgenüssen den Teuerungszuschlag von monatlich 30 S erhalten, von 200 S auf 300 S erhöht.

Wegen der ständig zunehmenden Teuerung fanden zwischen dem Bund und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sowie zwischen der Gemeinde und der Gewerkschaft der Gemeindeangestellten Verhandlungen über die Erhöhung der Teuerungszuschläge statt. Nach Abschluß der Verhandlungen wurde mit Erlaß vom 24. Mai 1947 vom Bundesministerium für Finanzen die unverzügliche Flüssigmachung eines vorschußweisen Betrages von 100 S an alle voll beschäftigten öffentlichen Bediensteten des Aktivstandes (Beamte, Angestellte und Arbeiter) und eines vorschußweisen Betrages von 60 S an alle Empfänger von Ruhe- und Versorgungsgenüssen angeordnet.

Im Interesse einer gleichartigen Behandlung aller Bediensteten des öffentlichen Dienstes wurden auch den Bediensteten und Pensionsparteien der Stadt Wien diese Vorschüsse durch Verfügung des Bürgermeisters vom 29. Mai 1947 ausbezahlt.

Nach Abschluß der Verhandlungen mit der Gewerkschaft wurden durch Verordnung der Bundesregierung vom 30. Juni 1947 neue Teuerungszuschläge festgesetzt, die sich auch auf die Bediensteten der Stadt Wien auswirkten.

Der Bürgermeister hat am 5. Juli 1947 vorbehaltlich der Genehmigung durch den Gemeinderat verfügt, daß mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1947 ohne Rücksicht auf die Höhe des Bezuges an die aktiven Bediensteten ein Teuerungszuschlag von 100 S und an die Pensionsparteien ohne Bezugsgrenze ein Teuerungszuschlag von 30 S auszubezahlen sei, der sich bis auf 60 S erhöht, soweit dadurch der Monatsbezug (ausschließlich der Familienzulagen) nach Zurechnung des Teuerungszuschlages den Betrag von monatlich 330 S nicht übersteigt. Außerdem wurde ein Teuerungszuschlag von 20 S zum Haushaltzuschuß, zu jeder Kinderzulage und zu jeder Kinderaushilfe für Aktive und Pensionsparteien einheitlich festgesetzt.

Durch diese Regelung wurden die früheren Teuerungszuschläge für die Aktiven mit einem Monatsbezug bis zu 600 S verdoppelt, für Aktive mit einem höheren Monatseinkommen ein Teuerungszuschlag von 100 S neu eingeführt. Bei den Pensionsparteien ergab sich bis zu einem Monatsbezug von

330 S (einschließlich Teuerungszuschlag) eine Verdoppelung des bisherigen Teuerungszuschlages, für Pensionsparteien mit einem höheren Monatseinkommen wurde die Gewährung eines Teuerungszuschlages von 30 S neu festgesetzt.

Der Teuerungszuschlag zum Haushaltzuschuß wurde neu eingeführt, ebenso der Teuerungszuschlag zu den Kinderaushilfen, sowie der Teuerungszuschlag zu den Kinderzulagen der Pensionsparteien.

Diese Teuerungszuschläge wurden auch den noch nicht in die Gehaltsordnung übergeleiteten Bediensteten sinngemäß zugewendet. Da diese Bediensteten keinen Haushaltzuschuß bezogen, erhielten einen Teuerungszuschlag in der Höhe von 20 S nun auch jene verheirateten männlichen Bediensteten, die im Genuß eines Wohnungsgeldzuschusses für Verheiratete waren.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 1. August 1947 diese vom Bürgermeister getroffenen Verfügungen genehmigt.

Nachdem die Verhandlungen der Preis- und Lohnkommission der drei österreichischen Kammern und des Gewerkschaftsbundes zu einem Ergebnis geführt hatten und Löhne und Preise ab 1. August 1947 neu festgesetzt wurden, trat die Gewerkschaft der Gemeindeangestellten an die Stadt Wien heran, die Bezüge der Gemeindebediensteten in einem gleichen Ausmaß wie in der Privatwirtschaft zu erhöhen. Die Verhandlungen führten zu einem Ergebnis, das dem für die Bundesangestellten geltenden entsprach.

Diese Regelung sah im einzelnen folgendes vor:

Der Teuerungszuschlag für die aktiven Bediensteten, der ab 1. Juli 1947 100 S betrug, wurde ab 1. August 1947 für Bedienstete, deren Monatsgehalt 820 S nicht überstieg, um 40 S erhöht. Weiters wurde allen Bediensteten zu diesem Teuerungszuschlag von 100 S (140 S) ein weiterer Teuerungszuschlag von 36 Prozent ausbezahlt, der aus der Summe des Gehaltes und des Teuerungszuschlages von 100 S (140 S) berechnet wurde. Für die Pensionsparteien wurde ab 1. August 1947 der Teuerungszuschlag einheitlich mit 60 S festgesetzt. Hiezu kam ein weiterer Teuerungszuschlag von 36% aus der Summe des Pensionsbezuges und des Teuerungszuschlages von 60 S.

Diese Regelung wurde vom Gemeinderat in seiner Sitzung vom 1. August 1947 mit Wirksamkeit vom gleichen Tage genehmigt.

Ab 1. Juli 1947 werden Pensionsbeiträge der Bediensteten von den Teuerungszuschlägen nicht mehr entrichtet.

Durch Gemeinderatsbeschluß vom 12. Dezember 1947 wurden mit Wirksamkeit vom 1. Mai 1947 die Dienst- und Besoldungsverhältnisse der Abteilungsärzte in den Wiener städtischen Krankenanstalten durch die „Dienst-anweisungen für die Abteilungsärzte in den Wiener städtischen Kranken-anstalten“ und die „Bestimmungen über die Bezüge der Abteilungsärzte in den Wiener städtischen Krankenanstalten“ neu geregelt.

Diese Neuregelung war dadurch bedingt, daß im Jahre 1941, bei der Einführung der reichsdeutschen Krankenhaustarifordnung, auch die Abteilungsärzte der Wiener städtischen Krankenanstalten deren Bestimmungen unterstellt wurden. In dieser Tarifordnung wurde lediglich auf die im Deutschen Reich bestehenden Verhältnisse und Bedürfnisse Rücksicht genommen. Es wurde vollkommen übersehen, daß die Ärzte der österreichischen Krankenanstalten in einem Ausbildungsturnus für die allgemeine Praxis geschult werden.

Die „Dienstanweisung“ stellt im wesentlichen die Bedingungen wieder her, die vor Einführung der reichsdeutschen Tarifordnung bestanden hatten, mit einigen kleineren zeitgemäßen Änderungen.

So wurde der Urlaubsanspruch nach sechsmonatiger Dienstleistung für den Aspiranten mit 14 Tagen, für den Sekundararzt mit 21 Tagen und für den Assistenten mit 28 Werktagen festgesetzt. Aus dienstlichen oder anderen wichtigen Gründen konnte das Dienstverhältnis sofort gelöst werden. Eine ärztliche Nebentätigkeit kann ausnahmsweise gestattet werden, wenn es sich um eine im öffentlichen Interesse liegende Tätigkeit handelt und der Dienst des Arztes in der eigenen Anstalt dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Die Bestimmungen über die Bezüge der Abteilungsärzte in den städtischen Krankenanstalten setzen Grundbezüge fest, zu denen Teuerungszuschläge und die anderen Zuschläge hinzukamen. Mit dieser Dienstanweisung hat die Gemeindeverwaltung eine besondere soziale Tat vollbracht, die eine große Hilfe für die in Ausbildung befindlichen Ärzte bedeutete. Bis zum Jahre 1938 wurden in den Spitälern Aspiranten verwendet, die mindestens 6 Monate hindurch ohne Bezahlung arbeiten mußten. Sie erhielten erst nach mindestens sechsmonatiger unentgeltlicher Arbeit in den städtischen Krankenanstalten eine Art Stipendium im Ausmaß von 150 S monatlich. Für diese Regelung kamen damals ungefähr 15% aller in den Wiener städtischen Humanitäts- und Krankenanstalten tätigen Ärzte in Betracht. Während der nationalsozialistischen Herrschaft verschlechterten sich die Verhältnisse weiterhin.

Durch die Einführung der neuen „Dienstanweisung“ wurden die Härten gemildert. Es wurden 200 neue Aspirantenstellen geschaffen. Die Aspiranten erhalten einen Grundgehalt von 200 S und die Teuerungszuschläge für aktive Bedienstete, somit insgesamt rund 460 S.

Für einzelne Gruppen von städtischen Bediensteten, deren Entlohnung sich nach den Bestimmungen der Privatwirtschaft richtete, wurden Kollektivverträge abgeschlossen.

So wurde der Kollektivvertrag für die Arbeiter der städtischen Bäckerei durch Gemeinderatsbeschluß vom 22. Mai 1947 genehmigt. Der Abschluß eines neuen Kollektivvertrages für die Bäckereiarbeiter war unter anderem auch deswegen notwendig geworden, weil jene Arbeiter, die vor dem Jahre 1938 aufgenommen wurden, nach den für die Privatwirtschaft geltenden Grundsätzen, jene, die nach 1938 angestellt wurden, nach der im Jahre 1938 eingeführten Tarifordnung für den öffentlichen Dienst entlohnt wurden. Es bestand daher eine Zweigleisigkeit in der Entlohnung, die durch den Abschluß des neuen Kollektivvertrages beseitigt wurde.

Auch für die Arbeiterschaft in den Gemeindeforsten wurde ein neuer Kollektivvertrag am 28. November 1946 mit Wirksamkeit vom 1. April 1946 vom Gemeinderat genehmigt. Hier wurden die Arbeits- und Lohnverhältnisse ähnlich wie bei den Bundesforsten geregelt.

Weitere Kollektivverträge wurden mit den Arbeitern der städtischen Ankündigungsunternehmung der Gemeinde Wien („Gewista“) und den Arbeitern des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien, des Wirtschaftsbetriebes des Weingutes Gumpoldskirchen und Maria Enzersdorf sowie des Ökonomiebetriebes Eggenburg abgeschlossen.

Auch die Löhne dieser Bediensteten wurden auf Grund der allgemeinen Lohnregulierung durch die Preis- und Lohnkommission der drei österreichischen Kammern und des Gewerkschaftsbundes ab 1. August 1947 nach den für die Privatwirtschaft geltenden Bestimmungen erhöht.

Ein Ubereinkommen von besonderer Bedeutung stellte der mit den geistlichen Ordensschwwestern abgeschlossene Einheitsvertrag dar. Dieser Vertrag war deswegen notwendig, weil in 20 Kranken- und Wohlfahrtsanstalten der Stadt Wien für die Krankenpflege geistliche Ordensschwwestern — bei Abschluß des Vertrages waren es 1295 — herangezogen wurden, die verschiedenen Kongregationen angehörten. Die mit den einzelnen Kongregationen früher abgeschlossenen Verträge wichen in den Entschädigungsansätzen und auch in einzelnen Vertragspunkten stark voneinander ab.

Es war daher das Bestreben des Verbandes der geistlichen Ordensschwwestern und auch der Gemeindeverwaltung, einen Einheitsvertrag zu schaffen, der gleiche Lohn- und Arbeitsverhältnisse für alle Kongregationen festsetzte. Das nach längerer Verhandlung erzielte Ubereinkommen wurde am 6. November 1947 mit Wirksamkeit vom 1. Dezember 1946 vom Gemeinderat genehmigt.

Für die Funktionäre der Stadt Wien, das sind der Bürgermeister, die Vizebürgermeister, Stadträte, Gemeinderäte, Bezirksvorsteher und Fürsorgeamtsvorstände, sowie die Stellvertreter der Bezirksvorsteher und der Vorstände der Fürsorgeämter, wurden durch Gemeinderatsbeschluß vom 20. Dezember 1946 in Anlehnung an die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 12. Dezember 1946 über die Bezüge der Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates neue Gebühren festgesetzt. In diesem Erlaß wurden auch die pensionsrechtlichen Bestimmungen für die Funktionäre dem neuen Dienstrecht für die Beamten der Stadt Wien angeglichen. Die den aktiven Gemeindebediensteten gewährten Teuerungszuschläge wurden auch an die Funktionäre ausbezahlt.

Durch die neugeschaffene Dienstordnung und Gehaltsordnung für die Bediensteten der Bundeshauptstadt Wien, wurden die seinerzeit geltenden reichsrechtlichen Vorschriften für die Bemessung und Vergütung von Mehrdienstleistungen zum größten Teil außer Kraft gesetzt.

Es wurden daher in einer Vereinbarung zwischen der Gemeinde Wien und der Gewerkschaft der Gemeindeangestellten bis zur endgültigen Regelung für die Vergütung von Mehrdienstleistungen neue Bestimmungen festgelegt, von denen im folgenden die wichtigsten hervorgehoben werden.

Für die nach dem Schema I entlohten Bediensteten wurde mit Wirksamkeit vom 1. August 1947 für Überstunden bei Tag (6 bis 22 Uhr) ein Zuschlag von 25%, für Überstunden bei Nacht (22 bis 6 Uhr) ein Zuschlag von 50% gewährt.

Für die vertragsmäßigen Angestellten, die nach den Sätzen des Schemas I entlohnt werden, wurden dieselben Überstundensätze wie für die vergleichbaren, nach dem Schema I entlohten Bediensteten, festgesetzt.

Der Berechnung der Zuschläge waren die ab 1. August 1947 geltenden Gehälter zusätzlich 140 S Teuerungszuschlag und des weiteren 36% tigen Teuerungszuschlages (Ausgleichszulage) zugrunde zu legen.

PERSONALEINSATZ.

Dienstaufsichtsstelle für die Fachbeamten des Verwaltungsdienstes, für die Kanzleibeamten, für die Amtsgewilfen und für die diesen Gruppen entsprechenden Vertragsbediensteten ist die Personaleinsatzstelle. Sie übt die Büroinspektion aus, verteilt das Personal auf die einzelnen Dienststellen und schafft, wenn erforderlich, den Ausgleich im Personal der einzelnen Dienststellen.

Die Personaleinsatzstelle prüft die Aufnahmewerber für den städtischen Dienst, schult das Personal für seine Aufgaben und führt die Personalstatistik. Im April 1945 wurde die Personaleinsatzstelle aus dem Verband des Personalamtes ausgeschieden und der Magistratsdirektion wieder eingegliedert, der sie auch zugehörig verblieb, als im Februar 1946 die Personalangelegenheiten in einer eigenen Geschäftsgruppe zusammengefaßt wurden.

Bei Kriegsende stand die Personaleinsatzstelle vor bisher nicht bekannten Schwierigkeiten. Ein großer Teil der Beamten war noch nicht vom Militärdienst zurückgekehrt oder befand sich in anderen Besatzungszonen. Der größere Teil der Amtsvorstände und dazu viele andere Bedienstete waren wegen ihrer Zugehörigkeit zur NSDAP nicht tragbar und mußten außer Dienst gestellt werden. Der Verkehr mit den Dienststellen stieß auf große Hindernisse, es gab kein Telephon und keine Verkehrsmittel. Der Zusammenhang zwischen der Zentrale im Rathaus und den Bezirksbehörden war nahezu gänzlich unterbunden und mußte neu gestaltet werden. In den Bezirken amtierten Bezirksbürgermeister, die von der Besatzungsmacht eingesetzt worden waren und denen nahezu ausschließlich amtsfremde, ehrenamtliche Mitarbeiter zur Seite standen. Hier die Einheitlichkeit in der Verwaltung wiederherzustellen, war eine mühselige Aufgabe, die viel Umsicht erforderte. Um in dieser Zeit das Personal an den richtigen Ort zu dirigieren, waren monatlich 1500 bis 2000 Dienstversetzungen notwendig. Dank des guten Willens aller Beteiligten gelang es überraschend schnell, einen regelmäßigen, einheitlich ausgerichteten Dienstbetrieb wieder in Gang zu bringen.

Neue Arbeiten großen Umfanges ergaben sich durch die Einführung der neuen Dienstordnung und der damit verbundenen Überleitungen der Personalstände. Zur Gewinnung statistischer Unterlagen wurde als Neuerung eine Lochkartei eingeführt, die, ohne Loch- und Sortiermaschine zu verwenden, eine mechanische Auswertung der Lochkartei gestattet.